

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter die Bestellungen entgegen. — Erscheint wöchentlich, Sonn- und Feiertags ausser. Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Die Redaktionsleitung. Druck: Die Druckerei des Auer-Tageblatts. Druckort: Auer. Druckjahr: 1932.

Erlegener: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 292

Mittwoch, den 14. Dezember 1932

27. Jahrgang

Das Arbeitsprogramm des Reichstabinetts

Bericht über Genf — Winterhilfe, Arbeitsbeschaffung, Siedlung

Berlin, 12. Dezember. Diese Woche wird noch eine Reihe wichtiger politischer Beratungen und Ereignisse bringen. Wie jetzt feststeht, tritt das Reichstabinett am Mittwoch zusammen, nachdem voraussichtlich am morgigen Dienstag der Reichsaussenminister dem Reichspräsidenten über das Ergebnis von Genf Bericht erstattet hat. Auch im Kabinett wird hierüber natürlich gesprochen werden. Außerdem sind ja eine Reihe anderer wichtiger Punkte aktuell, und man kann wohl annehmen, daß sie den Gegenstand der nächsten Kabinettsberatungen bilden. Dazu gehört z. B. die Winterhilfe, die heute auch den Haushaltsausschuß beschäftigt hat. Ob sie sich in dieser Form durchführen läßt, ist allerdings eine noch offene Frage. So wie sie vom Haushaltsausschuß beschlossen worden ist, würde sie etwa 400 Millionen kosten. Natürlich hat das Reichstabinett sich auch sehr ernst mit der Frage zu beschäftigen, wie die Finanzierung zu ermöglichen ist. Am Mittwoch wird das Kabinett sich vor allem auch mit der Abgrenzung des Aufgabensfeldes des neuen Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, Dr. Berke, befassen. Wie bereits bekannt geworden ist, ist nicht beabsichtigt, einen neuen Apparat aufzubauen. Die Form der Tätigkeit Berkes ist vielmehr so gedacht, daß er Ideen und Richtlinien für die Arbeitsbeschaffung liefert und daß die zuständigen Ressorts sich mit ihren besonderen Aufgaben in diese Richtlinien einfügen. Damit wird ohne besonderen Neuaufwand eine gewisse zentrale Einheitlichkeit in der Arbeitsbeschaffung gewährleistet. Sachlich gehören zu diesem Gebiet vor allem auch die Fragen der Siedlung. Für dieses Problem hat Reichsminister von Schleicher immer ein besonderes Interesse bekundet. Es ist deshalb anzunehmen, daß die künftige Behandlung der Siedlung sehr stark unter seinem persönlichen Einfluß gestellt werden wird. Weiter gehören zu den nächsten Aufgaben des Reichstabinetts noch die Maßnahmen, die für die jetzt geltenden Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit beabsichtigt sind.

Zu den Höhepunkten in der politischen Entwicklung dieser Woche gehört weiter die Rundumrede des Reichsministers am Donnerstag. Sie findet von 7 1/2 bis 8 Uhr abends statt. Der Kanzler wird sich natürlich über die ganzen wesentlichen Grundzüge des Programms seiner Regierung verbreiten. Am Donnerstag findet außerdem noch die Reichsratsitzung statt, in der die vom Reichstag beschlossene Amnestie behandelt werden soll. Wie bereits früher gemeldet, herrscht in politischen Kreisen die Meinung vor, daß der Reichsrat diese Vorlage nicht passieren lassen wird.

Die Sitzung ist der Auswärtige Ausschuss einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung des Reichsaussenministers von Neurath über die außenpolitische Lage, und zwar besonders über die Abrüstung und über die Fünfmächtebesprechung. Aus diesem ganzen Programm ergibt sich, daß die laufende Woche noch nicht von der Weihnachtstube verspärkt ist, die in früheren Jahren schon verhältnismäßig früh einzusetzen pflegte. Im Gegenteil sind die politischen Arbeiten noch immer in vollem Gange. In einer Frage wird die Entwicklung sich allerdings vor Weihnachten nicht mehr sehr vorwärts drängen, nämlich in der Sache des preussischen Ministerpräsidenten. Nachdem die beiden nationalsozialistischen Parlamentspräsidenten von Reich und Preußen heute beim Reichspräsidenten gewesen sind, nimmt man in unterrichteten Kreisen nicht an, daß es zur Wahl noch in diesen Wochen kommt. Auch das Zentrum ist offenbar nicht gewillt, die Dinge zu überstürzen, nachdem der im besonders genehme Kandidat für den Ministerpräsidentenposten, Gregor Ströher, nicht mehr in Frage kommt. Unter diesen Umständen wird eine Lösung der preussischen Frage keinesfalls vor Januar erwartet. Aber auch für den Anfang des nächsten Jahres ist sie zunächst noch problematisch. Denn sie ist nicht möglich ohne Berücksichtigung der Verhältnisse im Reich. Eine Wiederherstellung des Dualismus Reich-Preußen kommt überhaupt nicht in Frage. Deshalb — so glaubt man allgemein — kommt ein neuer preussischer Ministerpräsident nur in Frage, wenn er gleichzeitig Mitglied des Reichstabinetts würde. Darüber aber ist bisher eine Verständigung mit den Nationalsozialisten noch nicht erzielt oder auch nur für die nächste Zukunft sichtbar geworden.

Regierungsvorlagen für den Reichstag

Berlin, 12. Dez. Außer den zahlreichen internationalen Abkommen, die den letzten Reichstagen von der Regierung schon vorgelegt waren, wegen der Auflösung aber immer wieder nicht erledigt werden konnten, hat die Reichregierung dem Reichstag jetzt auch das internationale Übereinkommen über die Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau vorgelegt. Die Reichregierung weist darauf hin, daß nach dem Versailleser Vertrag jeder Mitgliedsstaat der Internationalen Arbeitsorganisation verpflichtet ist, die Beschränkung der Internationalen Arbeitskonferenz binnen Jahresfrist, spätestens aber 18 Monate nach Schluß der Tagung, auf der sie gefaßt wurden, den zuständigen Stellen zu unterbreiten, damit sie zum Gesetz erhoben oder andere Maßnahmen getroffen werden. Die deutsche Regierung hat für die Vorlegung dieses Übereinkommens am 18. Dezember d. J. ab, vorbehalt-

lungen von Regierungsvorlegern der beteiligten Länder über die Ratifikation des Übereinkommens haben bisher eine Klärung nicht gebracht. Die Regierung erklärt, daß es zweckmäßig erscheint, vor endgültiger Stellungnahme zur Frage der Ratifikation das Ergebnis weiterer Besprechungen der wichtigsten am Kohlenbergbau beteiligten Länder abzuwarten. Das Übereinkommen über die Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau werde daher dem Reichstag zur Zeit nur vorgelegt, um die Frist zur Vorlegung zu wahren. Für den Fall, daß weitere Verhandlungen eine Ratifikation ermöglichen, werde eine neue Vorlage gemacht werden. Weiter sind dem Reichstag die Abkommen zur Vereinfachung des Wechselrechtes zugeleitet worden.

Goering und Kerrl beim Reichspräsidenten

Besprechung der Frage Reich-Preußen

Berlin, 12. Dez. Der Herr Reichspräsident empfing heute in Gegenwart des Reichsministers von Schleicher den Reichstagspräsidenten Goering und den Reichspräsidenten des preussischen Landtages, Kerrl, zu einer Besprechung über die weitere Behandlung der Frage Reich-Preußen.

Berlin, 12. Dez. Wie wir zu der Mitteilung über den heutigen Empfang beim Reichspräsidenten ergänzend erfahren, ist die Initiative zu dieser Besprechung vom Reichstagspräsident Goering und Landtagspräsident Kerrl ausgegangen. Ueber den sachlichen Inhalt der Aussprache ist Vertraulichkeit vereinbart worden, so daß an den unterrichteten Stellen Einzelheiten nicht zu erfahren sind.

Lebensmittel als Winterhilfe

Haushaltsausschuß des Reichstags beschließt Winterhilfe

Berlin, 12. Dez. Der Haushaltsausschuß des Reichstags trat am Montagvormittag zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen sämtliche dem Ausschuss überwiesene Anträge über die Aufhebung der Notverordnung u. a. Der Ausschuss beschloß, zunächst die Winterhilfe zu beraten. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk führte aus:

„Die Reichsregierung kennt die große Not und ist gewillt, ihr im Rahmen des finanziell Möglichen entgegenzutreten. Mit den 80 Millionen RM., die das Reich den Gemeinden jetzt zuweist, trägt es bereits 85 Prozent der Wohlfahrtsverbandsloshilfe. Hauptfrage für die Reichsregierung ist, den Erwerbslosen Arbeit zu schaffen. Das steht die Reichsregierung als ihre entscheidende Aufgabe an. Daher bitte er den Ausschuss, nichts Unmögliches von der Regierung zu verlangen, was sie beim besten Willen nicht erfüllen könne.“

In der Abstimmung erhielt schließlich die vom sozialpolitischen Ausschuss vorgeschlagene Entschliessung über die Winterhilfsaktion eine etwas gedehnte Fassung. Diese angenommene Entschliessung ersucht die Reichsregierung, sobald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die die großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachts- und Winterbeihilfe gewährt wird und dabei folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Für den Winter 1932/33 wird für alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen. Ihre Durchführung wird den Gemeinden übertragen.

2. Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit solchen Naturalien (z. B. Brot, Kohlen, Kleidungsstücken), mit denen je nach den örtlichen Verhältnissen

Der Reichsfinanzminister zu den Anträgen der Parteien

der Notlage am besten gesteuert werden kann. Sie darf nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen.

2a. In den Monaten Dezember bis April sind für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt zu liefern: 2 Kilo Brot wöchentlich, 20 Zentner Kohlen, 1/2 Kilo Fleisch wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als drei Köpfen entsprechend höher, bei ledigen entsprechend niedriger zu bemessen.

3. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe, von der auch die Alleinstehenden nicht ausgeschlossen werden dürfen, stellt das Reich den Gemeinden (Gemeindevorständen) zur Verfügung.

4. Diese Reichsmittel dürfen für andere Wohlfahrtszwecke weder vom Reich verrechnet noch von den Gemeinden verwendet werden.

Im Ausschuss wurde weiter ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, den Landwirten, dem gewerblichen Mittelstand und dem Kohlenbergbau die Möglichkeit zu geben, rückständige Steuern abzugeben durch Naturalleistungen für diese Hilfsaktion. Schließlich wurde eine vom Zentrum eingebrachte Entschliessung angenommen. Darin wird die Reichsregierung ersucht, in einem Dreimonatsprogramm in eine praktische Winterhilfe einzutreten, die neben der Sicherung der Zahlungen für die Wohlfahrtsverbandsloshilfe in den Gemeinden und neben der Arbeitsbeschaffung — die Wintermonate durch besondere Maßnahmen zu überwinden suchen soll.

Der Haushaltsausschuß tritt am Dienstagvormittag wieder zusammen. Es werden die Notverordnungen vom 14. Juni und vom 5. September beraten. Der Reichsfinanzminister soll in der Dienstagssitzung Mitteilung über den Reichsetat 1932/33 machen.

Die weiteren Perspektiven der Abrüstungskonferenz

Eine halbamtliche Erklärung über die Auswirkungen der deutschen Gleichberechtigung

Berlin, 12. Dezember. An zuständiger Stelle werden die Perspektiven, die sich aus der gestrigen Genfer Einigung für den weiteren Gang der Abrüstungskonferenz ergeben, folgendermaßen beurteilt: Die Forderung, die wir im Sommer mit unserem Abzug von der Konferenz durchsetzen wollten, ist gestern hundertprozentig erfüllt worden. Damit ist eine wichtige Position gewonnen. Die Gegenparteien hat erkannt, daß Abrüstungsverhandlungen mit Erfolg nicht ohne Deutschland geführt werden können. — Immerhin bleibt der Kampf weiter problematisch. Man weiß, wie gering der Abrüstungswille der Anderen ist. In deutschen Kreisen gibt man sich deshalb auch keinen Illusionen hin. Unser Ziel ist nicht die Aufrüstung, sondern die Abrüstung, denn einen Aufrüstungswettlauf muß Deutschland schon aus finanziellen Gründen zu vermeiden suchen. Das ist angesichts unserer wirtschaftlichen, anderer Etappen und unserer privaten Verhältnisse selbstverständlich. Diese Risikolösung des Aufrüstungsstandes durch Abrücken zu erreichen, ist die Aufgabe, mit der die deutsche Delegation im Januar nächsten Jahres wieder in die Konferenz hineingehen wird. Sie hat durch die Gleichberechtigung ein Druckmittel in der Hand. Daß auf der Konferenz noch kritische Momente kommen, ergibt sich aus der ganzen Situation von selbst. Aber wie würden denn Konsequenzen die Konsequenzen wie im Juli 1932, wenn das zu gewan-

tende materielle Inhalt der Konvention, die bei glattem Verlauf vielleicht im Frühjahr zustande kommen könnte, nicht unseren Forderungen entspricht. — Die Situation für uns liegt jetzt, nachdem die Gleichberechtigung erreicht ist, ähnlich wie beim Vertrag von Lausanne über die Reparationen. Es wäre denkbar, daß dieser Vertrag daran scheitert, daß der eine oder andere Staat ihn nicht ratifiziert. Dann würde nicht eine Rückkehr zum Young-Plan erfolgen, sondern es wäre nur eine neue Konferenz möglich. Ebenso würde bei einem Scheitern der Abrüstungskonferenz nicht der Vertrag von Versailles wieder in Wirksamkeit treten, sondern wir haben vielmehr auf der Basis der Gleichberechtigung alle Hände frei. Diese Lage ist auch deshalb gegeben, weil der Reichsaussenminister jeden Versuch, das künftige Konferenzergebnis einzuschränken, abgewehrt hat. Inzwischen wird durch die vereinbarte Zusammenarbeit der fünf Hauptmächte versucht werden, die Konferenz vorwärts zu bringen. Deutschland hatte im Sommer verabschiedene solcher Besprechungen angezogen. Bisher sind sie aber nur von den anderen Hauptmächten abgehalten worden. Die Gleichberechtigung hat uns jetzt aber vollkommen eingeschaltet. — Schließlich muß noch gegenüber einer solchen Auslegung des Wortes 4 des gestrigen Dekretes darauf hingewiesen werden, daß wir auch keine irgendwelche besonderen Verpflichtungen für die weiteren